

Kraauer Zeitung.

Nr. 100.

Mittwoch den 2. Mai

1866.

Die „Kraauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Redaction 3 fl., mit Verändrung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die vierstellige Zeitzeile 5 Kr., im Anzeigenblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den pensionirten Oberlandesgerichtspräsidenten Joseph Batek als Commandeur des kaiserlich österreichischen Leopold-Ordens den Ordensstatuten gemäß in den Freiherrnstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. April d. J. dem Kreisvorsteher in Pilsen Johann Eschary in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und erprieslichen Staatsdienstleistung den Orden der eisernen Krone dritter Classe tarzfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. April d. J. dem Ingenieur des Wiener Stadtbauamtes Hieronymus Wrbberger in Anerkennung seiner Verdienste das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 17. April d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß dem Ministerialrath im Ministerium für Handel und Volkswirtschaft Adalbert Ritter von Schmid aus Anlaß des von ihm nachgesuchten Uebertrittes in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen ausgezeichneten Dienstleistung der Ausdruck der besonderen Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. April d. J. dem Oberfinanzrath und Finanzbezirksdirector für die Landeshauptstadt Prag Jacob Pfannschmidt bei dessen Versetzung in den bleibenden Ruhestand die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner Dienstleistung auszusprechen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. April d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß dem Polizeicommissar und Amtseidreiter des aufgelösten Grenz-Polizeicommissariates Engelhartzall Vincenz Caslawosky aus Anlaß seines Uebertrittes in den bleibenden Ruhestand die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner langjährigen treuen und erprieslichen Dienstleistung bekannt gegeben werde.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. April d. J. den k. siebenbürgischen Subaltern-Rath Gabriel Graf Wehlen zum Hofrath extra statum bei dem k. siebenbürgischen obersten Gerichtshofe allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat eine am Gymnasium zu Capo d'Africa erhaltene Replik dem Supplenten derselben Peter Diverio verliehen.

Das Finanzministerium hat den disponiblen Finanzrath der bestehenden Finanzlandesdirection in Temesvar Joseph Grafinger zum Finanzbezirksdirector in Ofen ernannt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die Wiederwahl des Francesco Ungaro zum Präsidenten und die Wahl des Pietro Beragi zum Vicepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer in Udine für das Jahr 1866 bestätigt.

Stand

Der im Umlauf befindlichen Münzsumme. Der Gesamtbetrag der zu Ende März 1866 im Umlauf befindlichen Münzsumme betrug 2,323,631 fl. Wien, den 29. April 1866.

Vom k. k. Finanzministerium.

Nichtamtlicher Theil.

Kraau, 2. Mai.

Das „Neue Fremdbl.“ vom 30. v. schreibt: Bis heute Mittag ist keine Depesche aus Paris hier angelangt, auch wird keine erwartet. Alle Nachrichten von französischer Intervention, Garantie-Nebernahme für die Ruhe Italiens oder auch nur von einer Vermittlung Frankreichs sind unbegründet. Auch aus Berlin ist bis heute Mittag eine Depesche weder angekommen noch signalisirt worden. Die „Neue Freie Presse“ bleibt trotzdem bei der entgegengesetzten Behauptung und beruft sich auf eine gleichlautende Mittheilung des hochofficiösen Berliner Correspondenten der „N. A. Z.“, daß am 26. April eine auf die österreichischen Rüstungen in Venedig bezügliche „Anfrage“ von Berlin nach Wien ergangen ist. Ebenso spreche der hochofficiöse Berliner Corr. der „Köln. Ztg.“ von mündlichen Erklärungen des Fhrn. v. Werther, welche der Wiederaufnahme der Debatte zwischen Wien und Berlin vorangingen, in Folge welcher der österreichische Vorbehalt wegen der Rüstungen gegen Italien zurückgenommen werden sollte, was kaum zu erwarten. Freiherr von Werther habe hienach von Oesterreich mündlich die Artützung auch in Venedig verlangt und angefündigt, daß er eine Note seines Cabinets in diesem Sinn übergeben werde. Schließlich citirt die „N. Fr. Pr.“ folgende Stelle aus einem Situations-Artikel der „France“, welche schreibt: „Man rüstet im Süden und natürlich ist dann von Abrüstung im Norden keine Rede mehr. Man kennt die am 29. April von Preußen in Wien übergebene Note, welche die formelle Aufforderung an Oesterreich enthält, in Venetien zum friedlichen Status quo zurückzukehren. Man versichert, das Wiener Cabinet habe sofort mit einer Zeigerung geantwortet, und damit schwindet die Hoffnung einer gleichzeitigen Entwaffnung vollständig.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ zählt die bisher eingelaufenen Meldungen über die österreichischen Rüstun-

gen gegen Italien auf und fügt dann hinzu: In diesen Thatsachen liegt der Beweis, daß Oesterreich schon vor dem 23. v. gerüstet und zu rüsten erklärt hat, während Italien erst am 29. in Folge der militärischen Vorkehrungen Oesterreichs seine Rüstungen begann. So wiederholte Oesterreich das kurz zuvor gegenüber Preußen geführte Spiel. Dies Verfahren ist in seiner Veranlassung geradezu unverstänlich, wenn Oesterreich nicht den festen Entschluß gefaßt hätte, einen Krieg herbeizuführen.

Die Circulardepesche Lamarmora's an die Vertreter Italiens im Auslande, schreibt die „Wiener Abpost“, bestätigt den Entschluß der Regierung des Königs Victor Emanuel, ihre umfassenden Rüstungen als durch die Haltung Oesterreichs provocirt darzustellen. Im Zustande voller Ruhe und Zurückhaltung, sagt die Depesche, sei Italien zur Zielscheibe direkter Bedrohungen von Seite Oesterreichs gemacht worden. In Oesterreich weiß man, was von derartigen Sätzen zu halten ist, man weiß, daß sie auf einer völligen Umkehrung und Verdrückung des wahren Sachverhaltes beruhen. Man braucht sich wahrlich auf keine andere Zeugenschaft als die der italienischen Presse, die officiös eingeschlossen, zu berufen, um den Nachweis zu führen, daß die Priorität der Rüstungen Italien zufällt, und daß diese Rüstungen nicht bloß durch die Thatsache der Priorität selbst, sondern auch durch ihren militärischen Charakter den unverkennbaren Stempel der Offenheit tragen. Solten wir noch oft Gesagtes wiederholen? Die österreichische Regierung hat keinen lebhafteren Wunsch, als den der Erhaltung des Friedens, nichts konnte und kann ihr ferner liegen, als der Gedanke eines Angriffes auf Italien. Den herausforderndsten Erklärungen der Regierung, Kammerreden, Journal- und Vereinsagitationen hat sie die größte Ruhe und Gelassenheit entgegengelegt. Erst als sie die unzweifelhaften Beweise von den gewaltigen kriegerischen Anstrengungen der Regierung in Florenz in Händen hatte, sah sie sich verpflichtet, ihrerseits auf Vorkehrungen bedacht zu sein, welche die Vertheidigung ermöglichen würden. Aber auch nur die Vertheidigung, nicht anders. Kann es ein klareres Verhältniß geben, und ist jemals mit größerem Unrecht die Politik eines Staates angegriffen worden, welche sich innerhalb der Schranken der größten Zurückhaltung bewegt, die jene Gränzen, welche durch die Pflicht der Selbsterhaltung, der Defensiv aufgelegt werden, auch nicht in einem einzigen Punkt überschritten hat oder zu überschreiten gedenkt?

Victor Emanuel soll kürzlich nach einem Balle, den ihm zu Ehren die Stadt Mailand veranstaltet hatte, zu den Mitgliedern der Stadtvertretung gesagt haben: „Meine Herrn, Sie haben mir in Mailand einen Ball gegeben, ich werde Ihnen nächstes Jahr als Revanche ein Souper in Venedig geben.“ Die „Liberté“ macht dazu die folgende Bemerkung: „Wenn, wie wir vermuthen, diese Rede wirklich geäußert worden, soll man sich noch wundern, daß Oesterreich in Venedig Truppen concentrirt?“

Eine Londoner Correspondenz der „K. Z.“, welche sich mit dem österreichisch-italienischen Conflict beschäftigt, ladet die Schuld, die kriegerischen Gerüchte der letzten Tage hervorgerufen zu haben, auf Oesterreich. Ob, schreibt das „Neue Fremdbl.“, diese Ansicht in den Londoner Regierungskreisen die herrschende ist, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls ist es bezeichnend, daß dasjenige preussische Organ, welches sich im österreichisch-preussischen Streite trotz aller Klügelgeleien mit der Bismarck'schen Annerkennungspolitik neutral hielt, jetzt plötzlich umschlägt und Oesterreich für die gegenwärtigen Verwicklungen verantwortlich macht. Ob da die alten italienischen Einflüsse maßgebend waren, oder ob es Bismarck gelungen ist, die schwellende rheinländische Freundschaft durch reelle Zuständnisse zu entschädigen, wer will in diese Redactionsgeheimnisse eindringen? Der Umschwung in der Stimmung der „K. Z.“ ist unzweifelhaft ein bedeutungsvolles Zeichen. Es scheint, daß die Kriegspartei am Berliner Hofe einen bedeutenden Sieg davon getragen. Graf Bismarck, den Gerüchte noch immer zurücktreten lassen, mag fest in der Wollenfäden, da die „K. Z.“ ihn nicht mehr verdrängen will. Dieses Blatt weiß immer, woher der Wind bläst.

Ein Londoner Blatt, der „Herald“, sagt über die italienischen Rüstungen: „... Das Erscheinen Italiens auf der Bühne erinnert an das ominöse Factum, daß ungefähr um dieselbe Zeit, im April 1859, eine gleichzeitige Abrüstung vorgeschlagen wurde. Am 10. April wurde der Vorschlag von den streitenden Theilen angenommen und am 20. brach der Krieg aus. Im rechten Augenblick stürzt die italienische Regierung herbei und gibt Preußen Gelegenheit, die Verantwortlichkeit des Kriegsangebotes einem Anderen auf die Schultern zu wälzen. Kaum hatten

die Briten in Deutschland einen kritischen Punkt erreicht, als König Victor Emanuel, eingedenk, daß Oesterreichs Gefahr Italiens Gelegenheit sei, seine Armee in Bereitschaft setzte, zu dem eingestandenen Zweck auf das Gebiet Venedigs loszuzürzen, sobald nur die Legionen Oesterreichs anderswo beschäftigt wären. Italien hat keinen Streit mit Oesterreich, außer, daß es nach seinem Gebiete Begehren trägt. Ueber die Immoralität und Sündhaftigkeit, nicht zu sagen Feigheit, dieser Art die Theorie von der Einheit Italiens zu verfechten, ist jede Bemerkung jetzt überflüssig. Gleichviel wie oder wann dieser Krieg ausbrechen mag, Fragen des Rechtes oder der Gerechtigkeit werden auf seine Entscheidung nur wenig Einfluß üben. Genug daß Italien eine Armee am Mincio, eine andere am Po und eine Flotte im adriatischen Meere in Bereitschaft setzt. Angesichts dieser Gefahr concentrirt Oesterreich seine Truppen in der Provinz Novigo.

Die neuesten Berichte aus Florenz deuten sämmtlich auf Vorbereitungen zum Kriege. Die „Opinione“ schreibt: Das Ministerium hat beschlossen, ein Project über die durch die gegenwärtige Situation erheischten Finanzmaßnahmen dem Parlament vorzulegen. Dieses Project würde die Annahme des früher in der Kammer eingebrachten Finanzgesetzes entwerfen in sich schließen. Ferner schreibt die „Opinione“: In Folge der Ausnahmezustände des Staates stellten die Minister ihre Portefeuilles dem Conventionspräsidenten zur Verfügung. Lamarmora befragte Ricajoli, ob er Willens sei, die Neubildung des Ministeriums zu übernehmen; derselbe entgegnete, daß der Zeitpunkt zu einem Ministerwechsel noch nicht gekommen sei. Die nationalen Handelsdampfer in Genua wurden von der Regierung zu Truppentransporten gemiethet. Ein am 29. v. M. in Triest aus Smyrna angelommener Lloyd-Dampfer meldet, daß in Smyrna eine italienische Segelcorvette, in Corfu eine italienische Panzerregate, in Tarent ungefähr 14 Kriegsdampfer unter Admiral Vacca sich befinden, die nächstens nach Manfredonia abgehen sollen. In Brindisi befindet sich ein Aviso-Dampfer, in Ancona eine Panzerregate, eine Dampfbrigge und ein Kanonenboot.

Wie man der „Köln. Ztg.“ berichtet, hat Garibaldi erklärt, im Kriegsfall werde er der Regierung seinen Regen anbieten und ihr seine Verwendung anheimstellen. Aus demokratischen italienischen Kreisen wird dagegen auf das Bestimmteste bestätigt, daß Garibaldi es ganz entschieden abgelehnt habe, im jetzigen Augenblicke und unter dem gegenwärtigen Ministerium sich an irgend einer kriegerischen Unternehmung zu betheiligen. (Hiemit stimmen theilweise Nachrichten der „G. C.“ überein. A. d. R.) Freilich war immer nur in officiösen Sondirungen hievon die Rede, die vor der preussischen Note vom 15. April zu datiren sein möchten. Während Garibaldi somit mehr als je sich in Mazzinistischem Fahrwasser zu bewegen scheint, hat auch das Organ des letztgenannten Agitators, die „Societa Repubblicana“, allen Comitès ausdrücklich anempfehlen lassen, nach Kräften abzuweichen. Nach einem von jener Gesellschaft erlassenen Rundschreiben, hat es nämlich ganz den Anschein, als rechne Mazzini auf eine demnächst bevorstehende gleichzeitige revolutionäre Bewegung in Deutschland, Frankreich und Italien, für welche letztere die Kräfte der Nation aufzuparen seien. Süd-Italien namentlich gilt jenen Männern als der geeignetste Boden für ihre Saat, und wie verlautet, soll selbst die Florentiner Regierung nicht ohne gewisse Besorgnisse wegen einer derartigen Bewegung sein, da sich diesmal die äußerste Linke und die äußerste Rechte zu gleichem Zwecke die Hand zu bieten Willens scheinen.

Der Pariser Correspondent der „Independance“ glaubt versichern zu können, Frankreich werde im Kriegsfall wahrscheinlich nur dann interveniren, wenn Oesterreich den Mincio überschreiten sollte. Italien sei gegenwärtig wegen seiner Allianz mit Preußen in Frankreich unpopulär. Das Anerbieten Klappa's wegen Betheiligung am Kriege gegen Oesterreich wurde abgelehnt. Fürst Metternich führte beim Kaiser Beschwärde über den jüngsten Artikel des „Constitutionnel“.

Ein Telegramm der „Independance“ bestätigt, daß am 27. April von Berlin eine Depesche nach Dresden abging, worin von Sachsen wegen der Rüstungen Erklärungen verlangt werden. Die preussische Depesche kündigt an, daß Preußen der Antwort Sachsens entsprechende Maßregeln ergreifen werde. Man vermuthet, Sachsen werde die von Preußen behauptete Ausdehnung seiner Rüstungen bestreiten und den Schuß des Bundes anrufen.

Das „Dressd. Jour.“ dementirt die Nachrichten der preussischen Blätter über angebliche Rüstungen

in Sachsen aufs entschiedenste und erklärt sie theils für gänzlich unwahr, theils für übertrieben. Mit Recht bemerkt das „Dressdner Journ.“, daß preussische Blätter solche Dementis nicht berücksichtigen, da sie dem Grundsatz huldigen, nur Dasjenige zu beachten, was ihnen für ihre Zwecke passend erscheint.

Nach einem Berliner Tel. der „Schl. Ztg.“ bezeichnet Oesterreich in seiner zweiten am 28. v. nach Berlin abgegangenen Depesche die Bedingungen für die Einsetzung des Herzogs von Schleswig-Holstein und ladet Preußen ein, die Angelegenheit gemeinschaftlich mit Oesterreich an den Bund zu bringen, sonst werde Oesterreich den Bund anrufen. Die Depesche weist ferner auf den Wunsch der Bevölkerung und auf die Erklärungen Preußens und Oesterreichs bei der Londoner Conferenz hin. Die Depesche wird als das Ergebniß des Feldzugsplanes Oesterreichs und der Mittelstaaten angesehen.

In einem Wiener Bericht der „N. Preuß. Ztg.“ wird noch hinzugefügt, daß Oesterreich in der oberrheinischen Depesche die Souveränität des künftigen Herzogs aufrecht erhalten wissen wolle und daß in einem Memorandum dargelegt sei, was es an Preußen zugestehen wolle. Jedenfalls, bemerkt die „N. P.“, scheint das noch weniger zu sein, als die sogenannten „Februarbedingungen“ von 1865, die Oesterreich bekanntlich „vor Gastein“ abgelehnt hatte. Und im Gasteiner Vertrage hat Preußen für sich eigentlich gar keine Zugeständnisse erhalten. Allerdings hieß es, daß in Gastein bez. Salzburg sehr bestimmte Verpflichtungen gemacht worden an Preußen; doch ist darüber Authentisches nie bekannt geworden, und gewährt ist jedenfalls bis jetzt gar nichts. Wenn Oesterreich auch in der jetzigen Lage nichts Anderes bietet an Preußen, als damals, so sieht man deutlich, daß es zu einer Verständigung durchaus nicht geneigt ist.

Vor einigen Tagen, schreibt ein Berliner Corr. der „Schl. Ztg.“, ist eine preussische Circular-Depesche an die diesseitigen Gesandten bei den deutschen Regierungen gerichtet worden. Preußen erklärt darin, daß es dem Ausschuß in Frankfurt allgemeine Andeutungen über die Materie seines Bundesreformplanes geben könne. Diese wären auch den Regierungen aus früheren Verhandlungen bekannt und bewegten sich so gut wie das Parlament auf föderalistischer Linie. Im Einzelnen formulirte Vorlagen sowie Verhandlungen darüber könnten erst erfolgen, wenn die Berufung des Parlaments durch den Ausschuß beschlossen sei. Die Depesche soll gegen Ende voriger Woche erlassen sein.

Das „Journal de Bruxelles“ vom 20. v. veröffentlicht den preussischen Bundesreform-Entwurf. Man wird sich erinnern, daß dieses Journal es auch war, das seiner Zeit den Gasteiner Vertrag zuerst erhielt. Das Programm lautet:

1. Ein Parlament soll auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes, aber mit Beschränkung der Wählbarkeit der Abgeordneten, gebildet werden;
2. Eine Exekutivgewalt soll gebildet werden, worin Oesterreich, Preußen und Baiern allein ein präponderirender Einfluß zustände;
3. Deutschland soll in drei Kriegsgruppen getheilt werden, die von Oesterreich, Preußen und Baiern gebildet werden;
4. Preußen und Baiern werden den Oberbefehl über die Streitkräfte der Staaten erhalten, welche die zwei letzteren Gruppen bilden; Preußen wird zugleich den Oberbefehl über die unverzüglich zu bildende Bundesflotte erhalten;
5. Der Bund hört auf, Oesterreichs Besitzungen zu garantiren, vorbehaltlich eines darüber zu treffenden Einvernehmens;
6. Dem Parlamente steht die Botirung des Contingentes, der Subsidien für Heer und Flotte und der auf den ganzen Bund anwendbaren Gesetze zu.
7. Endlich wird die diplomatische Leitung ausschließlich Preußen zugestanden, welches jedoch den verschiedenen Staaten die Vertretung ließe, ihre respectiven Consuln zu ernennen.

Gestern haben wir darauf hingewiesen, daß man sich in Berlin der Hoffnung hingibt, Baden von den Mittelstaaten zu trennen und zur Annahme einer Sonderstellung zu veranlassen. Hierauf Bezug nehmend, liegen heute weitere Mittheilungen vor. Deutsche Blätter melden nämlich, daß der badische Staatsmann Freiherr v. Roggenbach vor einigen Tagen von Bismarck empfangen worden sei. Man glaubt nun, wie wir dem „Schwäbischen Merkur“ entnehmen, daß Freiherr v. Roggenbach in irgend welche Legation zu den Beratungen treten werde, die in Berlin über die nähere Gestaltung des preussischen Bundesreformplans gepflogen werden. Es heißt auch, daß Herr v. Roggenbach, dessen preussische Tendenzen kein Geheimniß sind, demnächst wieder das Ministerium

